

## **Zukunft der Verwaltungsstelle in Langerfeld/Ausbau als Bürgerservicebüro**

**Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung der BV Langerfeld-Beyenburg am 8.3.2022**

**Beschlussvorschlag mit der Bitte um Zustimmung durch die Fraktionen der BV:**

**Wir setzen uns für eine zeitnahe Wiedereinrichtung einer Bezirksverwaltungsstelle in Langerfeld ein, um mindestens eine wohnortnahe Erledigung der Verwaltungsaufgaben durchführen zu können. Gleichzeitig soll die Aufgabenstellung überprüft und ev. erweitert werden, hin zu einem Bürgerbüro mit Servicegedanken. Dies dient der Identifikation der Bürger\*innen mit Ihrem Quartier und stellt einen wichtigen Baustein zur Erhaltung von gewachsenen örtlichen Gemeinschaften dar.**

**Um dies zu ermöglichen gilt folgendes:**

1. Wir fordern die Verwaltung auf, sehr zeitnah die Möglichkeit zu prüfen und einen Kostenrahmen zu definieren, wie und ob die Verwaltungsstelle in Langerfeld zu einem **barrierefreien Bürgerbüro** umgebaut werden kann; auch ist ein hygienisch und unter Sicherheitsaspekten vertretbares Konzept zum Schutz von Mitarbeitenden und Besucher\*innen vorzulegen.
2. Wir fordern die Verwaltung auf, im Bereich Langerfeld die Möglichkeit zu überprüfen und entsprechende Gespräche zu führen, andere Räumlichkeiten zu finden, die den o.g. Kriterien entsprechen und kurzfristig zur temporären Einrichtung einer Verwaltungsstelle und einem späteren Ausbau zu einem Bürgerbüro dienen können. Hier ist z.B. an die Räumlichkeiten der Sparkasse gedacht oder an die des vorhandenen Bürgerbüros Tuhuus, auch weitere ev. auch private Räume sind zu verfolgen.
3. Wir fordern die Ratsfraktionen dazu auf, bei den anstehenden Haushaltsberatungen einen dafür notwendigen entsprechenden Personalschlüssel vorzusehen und eine Änderung der Hauptsatzung nicht vorzunehmen.

### **Begründung:**

Mit der Vorlage V0/0161/22 erfolgte die Evaluierung der Berichte über die Arbeit des Einwohnermeldeamtes (EMA). Ausschließlich coronabedingt wurde die Anzahl der Verwaltungsstellen (wie sie die Hauptsatzung vorsieht), vorübergehend reduziert, die Ergebnisse der Standortreduzierung fließen daher aber in diese Berichterstattung ein. Die Vorlage legt Zahlen und Fakten vor, die als Diskussionsgrundlage über die weitere Ausrichtung des EMA zu werten sind.

Dies darf aber durch die entscheidenden Gremien keinesfalls als Handlungsaufforderung verstanden werden, die Anzahl der Standorte dauerhaft zu reduzieren.

**Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Zukunft des Verwaltungshauses und der damit verbundenen Entwicklung des Umfeldes in Langerfeld als Schlüsselprojekt für den Bezirk Langerfeld-Beyenburg fraktionsübergreifend von der BV benannt wurden, soll daher eine zugesagte Priorisierung auch von Seiten der Verwaltung erfolgen.**

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich